

KiTa-Drama: Dritter Akt?

Der grösste Kindertagesstätten-Verein des Landes sorgt sich um die künftige Finanzierung. Es ist zu befürchten, dass in November wieder Anbieter zu Bittstellern an den Landtag werden.



Viola Lanter-Koller
VU-Abgeordnete

Im Juni-Landtag erkundigte ich mich beim Familienminister Mauro Pedrazzini, wie weit die Arbeiten für das per 1. Januar 2019 versprochene neue Finanzierungsmodell für die ausserhäusliche Kinderbetreuung gediehen sind. Mich interessierte, wann den verschiedenen Anbietern mitgeteilt werde, mit welchen Landesbeiträgen sie für 2019 budgetieren können. Zur Erinnerung: Die gleichwertige Förderung aller Anbieter war im Nachgang zur Wirtschaftskammer-Initiative «Familie und Beruf» jährlich anlässlich den Budgetdebatten 2016 und 2017 sowie bei der Postulatsüberweisung «Gleichbehandlung von Familien mit ausserhäuslich betreuten Kindern» politisches Dauerthema. Seit mehr als zwei Jahren ist die Systemumstellung auf ein leistungsorientiertes Finanzierungsmodell und die gerechte und effiziente Förderung aller Anbieter auf der regierungsrätlichen Agenda. Eine speziell eingesetzte Arbeitsgruppe setzt sich zudem seit Anfang 2017 intensiv mit der Thematik auseinander.

Warum so unverbindlich?

Dass es für die privaten Kinderbetreuungsstrukturen immens wichtig



Die Kinder und Familien scheinen auf der Prioritätenliste des Gesellschaftsministers wohl nicht zuoberst auf.

Foto: iStock

ist, mit verlässlichen Zahlen planen zu können, versteht sich von selbst. Schliesslich handelt es sich beim grössten Anbieter, dem Verein Kindertagesstätten Liechtenstein, um einen Arbeitgeber mit 135 Angestellten. Dass der Familienminister mit diesen betriebswirtschaftlichen Abläufen bestens vertraut ist, bezweifelt wohl ebenfalls niemand. Umso mehr erstaunt es, dass die

Antwort auf meine Kleine Anfrage derart unverbindlich ausgefallen ist, dass sie für die Betroffenen zynisch klingen muss: Als Mitglieder der Arbeitsgruppe sollten diese über den Fortschritt der Arbeiten informiert sein. Zuerst würden jetzt einmal die Grundlagen für das Landesbudget 2019 erstellt und schliesslich brauche die Einführung einer neuen Abrechnungssoftware

in der Landesverwaltung Zeit. Wichtige Systempartner ernst nehmen, sieht anders aus. Ich befürchte, das KiTa-Drama wird im November in einem dritten Akt fortgeführt und der Landtag darf, aufgeschreckt durch die kurzfristige bei ihm eintreffenden Klageschriften der Anbieter, abermals über die gerechte Höhe und Verteilung der Landesbeiträge entscheiden. ■



Manfred Kaufmann
VU-Abgeordneter

Kommentar

Nichts Neues bei Blockchain-Unternehmen?

Im Landtag wollte ich anlässlich einer Kleinen Anfrage mehr über die Tätigkeit von Blockchain-Unternehmen wissen: Wie viele haben sich bereits angesiedelt, wie viel Geld ist bereits aus diesem lukrativen Geschäftszweig in die Staatskasse geflossen? Wie viele Beschäftigte aus Liechtenstein gibt es dank dieser neuen Branche? Welche Zielgrösse hat die Regierung in diesem Wirtschaftszweig?

Nachdem der Regierungschef am Finance Forum angekündigt hatte, dass ein Blockchain-Gesetz geplant ist, wären einige Anhaltspunkte auch für branchenfremde Bürger interessant. Auch, was eine allfällige Strategie angeht. Antworten erhielt ich – bzw. die Liechtensteiner Bevölkerung – keine. Bezüglich Steuereinnahmen wich der Regierungschef auf das Steuergeheimnis und auf die Tücken der Statistik aus. Wenn man ankündigt, einen Geschäftszweig zu regulieren, sollte man meines Erachtens eine Strategie haben. Ob eine solche vorliegt, bleibt unklar. Auf diese Weise bekommt die Blockchain-Technologie, deren Business an sich schon komplex genug ist, für die Bevölkerung weiterhin kein Gesicht. Dabei wären auch hier öffentliche Akzeptanz und eine gewisse Bodenhaftung für diese neue Technologie nicht nachteilig. ■

Umstrittene Wirtschaftszweige wichtiger als die Bürger

Am Donnerstag präsentierte Regierungschef Adrian Hasler an der Universität Liechtenstein «erste Eckpunkte des Blockchain-Gesetzes». Am Ende bleiben aber mehr Fragen als Antworten – und die Zahl der Warnungen nimmt zu.



Michael Winkler
Parteisekretär

Regierungschef Adrian Hasler ist recht vorsichtig, wenn es um Innovationen geht. Es gibt die Plattform «Impuls Liechtenstein». Man erinnert sich in diesem Zusammenhang noch flüchtig an den hochgelobten Inkubator «Seed X Liechtenstein». Er soll Startups unterstützen Ausser einem CEO-Wechsel per 1. April 2018 hat man seit der Lancierung des Projekts nicht mehr viel gehört. Propagandistisch klingen solche Projekte natürlich sehr trendy und muten an wie etwas ganz Grosses. Am Donnerstag wurden an der Uni Liechtenstein nun die «ersten Eckpunkte des geplanten Blockchain-Gesetzes» vorgestellt. Ziel

der Regierung sei es hier, mittels Regulierung eine Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen, die mit Blockchain ihr Geld verdienen. Davon verspricht sich der Regierungschef, dass noch mehr Unternehmen angelockt werden als die «mehr als hundert», die sich bereits angesiedelt haben sollen. Es ist gar von «tausenden Unternehmen» die Rede.

Der Showeffekt wird genutzt

Es ist eine grosse Show, die rund um das Thema Blockchain inszeniert wird. Womöglich ist die Technologie ja wirklich vielversprechend und bringt viel Geld nach Liechtenstein. Dahingehend ist die Initiative durchaus lobenswert. Allerdings mehren sich zu diesem Thema eben auch die mahnenden Stimmen. Der Leserbriefschreiber Rainer Marxer aus Barenden mahnte bereits zu Vorsicht und zitierte die Bank für Inter-

nationalen Zahlungsausgleich aus dem «Handelsblatt» vom 18. Juni 2018: «Die BIZ lässt kein gutes Haar an Kryptowährungen. Die Organisation prangert beim Digitalgeld unter anderem die begrenzte Zahl der Transaktionen pro Sekunde an, wie aus dem veröffentlichten Jahresbericht der BIZ hervorgeht. Ausserdem kritisierte die BIZ die hohen Abwicklungskosten. Anfällig seien Bitcoin & Co. auch für einen Vertrauensverlust. Eine Kryptowährung könnte einfach aufhören zu funktionieren, was dann zu einem Totalverlust führe.» Die BIZ-Experten hatten in früheren Berichten Kryptowährungen bereits als «Bedrohung der Finanzstabilität» bezeichnet.

BIZ-Generaldirektor A. Carstens sagte vor Kurzem, Bitcoin sei zu «einer Kombination aus Spekulationsblase, Schneeballsystem und Umweltkatastrophe» geworden.

Demnach lassen wir uns mit dem neuen Gesetz auf relativ dünne Äste hinaus, weshalb sich auch die Schweiz Zeit nimmt, um das Thema erst einmal in Ruhe zu überlegen. Mit diesem Blockchain-Gesetz will man sich offensichtlich ein internationales Monument errichten. Dass dieses Denkmal, wenn sich der Wind irgendwann dreht, schnell eingerissen werden muss, liegt auf der Hand. Visionen und Zielgrössen fehlen offenbar – wie es die Beantwortung der Kleinen Anfrage von Manfred Kaufmann (s. oben rechts) zeigt.

Bürger aus dem Blick verloren?

Diese Fortschrittlichkeit und dieses Tempo, das die Regierung hier an den Tag legt, wären in anderen Politikfeldern sicher angebrachter und dringender. Zum Beispiel, wenn es um die Bürger geht. Hier müsste man nicht einmal Gesetze

auf der grünen Wiese entwerfen, sondern könnte rasch Probleme entschärfen. Indem man zum Beispiel die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff bekommt, das Prämienverbilligungssystem näher unter die Lupe nimmt und den Bürgern, welche die Staatskasse saniert haben, etwas zurückgibt. So sieht es zumindest das VU-Bürgerpaket.

Sollte der Staat dennoch mit dieser Blockchain-Geschichte den grossen Reibach machen, dann ist das zu loben und auch dem Regierungschef der Erfolg zu gönnen: Aber auch nur, wenn mit diesem Geld dann auch sinnvolle Investitionen in die Menschen dieses Landes erfolgen. Bisher weckt dieses Schaulaufen in einem umstrittenen Wirtschaftszweig aber eher den Eindruck, als ob die Regierung – oder zumindest Teile davon – den Kontakt zur einfachen Bevölkerung vollends verloren hat. ■